

WIR WOLLEN GERECHTIGKEIT



Argumente, Fakten und Forderungen zur Verteilungsfrage
Einkommen – Vermögen – Steuern

Mag. Florian Preisig
MMag.^a Michaela Schmidt

www.ak-salzburg.at





Gerechtigkeit muss sein!

Gut ein Jahrzehnt hat es gedauert, die Finanz- und in Folge Wirtschaftskrise zu überwinden. Allerdings: Die Ursachen sind nach wie vor nicht beseitigt. Noch immer wirft der entfesselte Finanzmarkt hohe Gewinne ab und die Kosten dafür werden an die Gemeinschaft weitergereicht. Das Spielkapital an den Börsen wird wieder für eine Blase sorgen. Noch immer sind Vermögen auf der einen und Einkommen aus

harter Arbeit auf der anderen Seite sehr ungleich verteilt. Diese Schieflage ist in Österreich besonders extrem.

Wir wollen Gerechtigkeit. Der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Einkommen in Österreich muss wieder steigen. Der Wohlstand und die Steuerlast müssen fairer verteilt werden. Das wird nicht von selbst passieren. Es geht nur, wenn wir uns gemeinsam dafür stark machen.

Die Menschen haben sich die Wahrheit über das Ausmaß der Ungleichheit verdient. Tun wir zusammen etwas dagegen.

Peter Eder
AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender



Der französische Ökonom Thomas Piketty warnt davor, dass eine extreme Vermögenskonzentration und eine Rückkehr zur Gesellschaft von Erbinnen und Erben nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung schaden, weil die Kaufkraft der Vielen geschmälert wird. Die Ungleichheit schadet auch den demokratischen Gesellschaftsstrukturen, denn die Hoffnung auf Chancengleichheit wird untergra-

ben. Nicht Fleiß oder Leistung, sondern der Familienstammbaum bestimmt dann über Vermögen und Zukunftschancen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Darum wollen wir mit dieser Broschüre neuerlich auf die Schieflagen in unserer Gesellschaft hinweisen und zum Nachdenken anregen.

Heidi Hirschbichler
ÖGB-Landesgeschäftsführerin

Wir wollen Gerechtigkeit

Argumente, Fakten und Forderungen zur Verteilungsfrage
Einkommen – Vermögen – Steuern

Mag. Florian Preisig

MMag.^a Michaela Schmidt



Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10,
5020 Salzburg, T: +43 (0)662 86 87, www.ak-salzburg.at

Redaktion: Mag. Florian Preisig, MMag.^a Michaela Schmidt

Redakteur: Stephan Gabler

Titelfoto: Fotolia©Gina Sanders

Grafik: Ursula Brandecker

Druck: GWS Geschützte Werkstätten - Integrative Betriebe Salzburg

Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: April 2018

Inhaltsverzeichnis

Die Verteilung von Kapital und Arbeit

Verschiebung von den Löhnen zu den Gewinnen in der Einkommensverteilung	6
Die Leistung der Beschäftigten wird zu wenig abgegolten	8

Die Verteilung der Einkommen

Die Markteinkommen sind ungleich verteilt	10
Die Einkommensverteilung in Salzburg wird ungleicher	12

Die Verteilung der privaten Vermögen und Vermögenseinkommen

Privater Reichtum nur für sehr wenige Haushalte	14
Privater Reichtum ist stark konzentriert und erheblich unterschätzt	16
Erbschaften und Schenkungen - Hauptursachen für Ungleichheit	18

Umverteilung durch den Staat

Der Sozialstaat hilft Allen und schützt (teilweise) vor Armut	20
Sozialstaat gleicht aus, verteilt um und stabilisiert	22

Die Verteilung der Steuerleistung

Einseitige Finanzierung: Arbeit und Konsum finanzieren den Großteil des Staatshaushalts	24
Vermögens-, Erbschaftssteuern tragen besonders wenig bei	26
Öffentliche Armut, privater Reichtum, Steuersümpfe	28

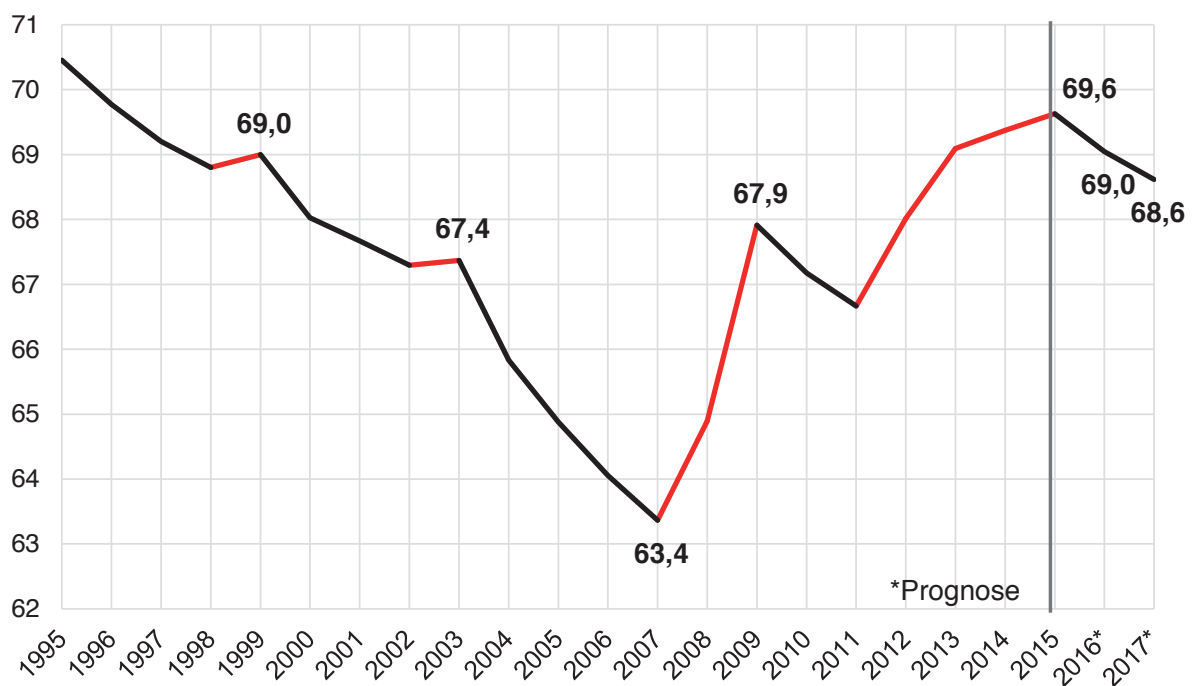
Literatur.....	31
----------------	----

Verschiebung von den Löhnen zu den Gewinnen in der Einkommensverteilung

Während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Anfang der 90er Jahre noch über 75 Prozent des Volkseinkommens bekommen haben, sind es heute deutlich unter 70 Prozent. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wird als Lohnquote bezeichnet. Diese ist von Mitte der fünfziger bis Ende der siebziger Jahre auf fast 80 Prozent gestiegen und fällt seither – mit Ausnahme von konjunkturellen Schwankungen – kontinuierlich. Spiegelbildlich steigt die Gewinnquote, also jener Anteil den Unternehmen und Vermögende für sich beanspruchen. Erst in den letzten Jahren hat sich die Lohnquote wieder leicht stabilisiert.

Die Verschiebung von den Löhnen zu den Gewinnen ist seit mehr als 20 Jahren überall in Europa zu beobachten. Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Abbau von Arbeitsmarktstandards, die die Verhandlungsposition der Gewerkschaften geschwächt haben. Andererseits das rasante Wachstum der Vermögenseinkommen und die enorm hohen Erträge der Unternehmen. Vor allem die zunehmende Finanzmarktorientierung der Unternehmen führt zu einem immer schärferen Lohndruck. Seit der Wirtschaftskrise übt auch die Europäische Kommission vermehrt Druck gegen die historisch gewachsenen Kollektivvertragssysteme der Mitgliedsstaaten aus.

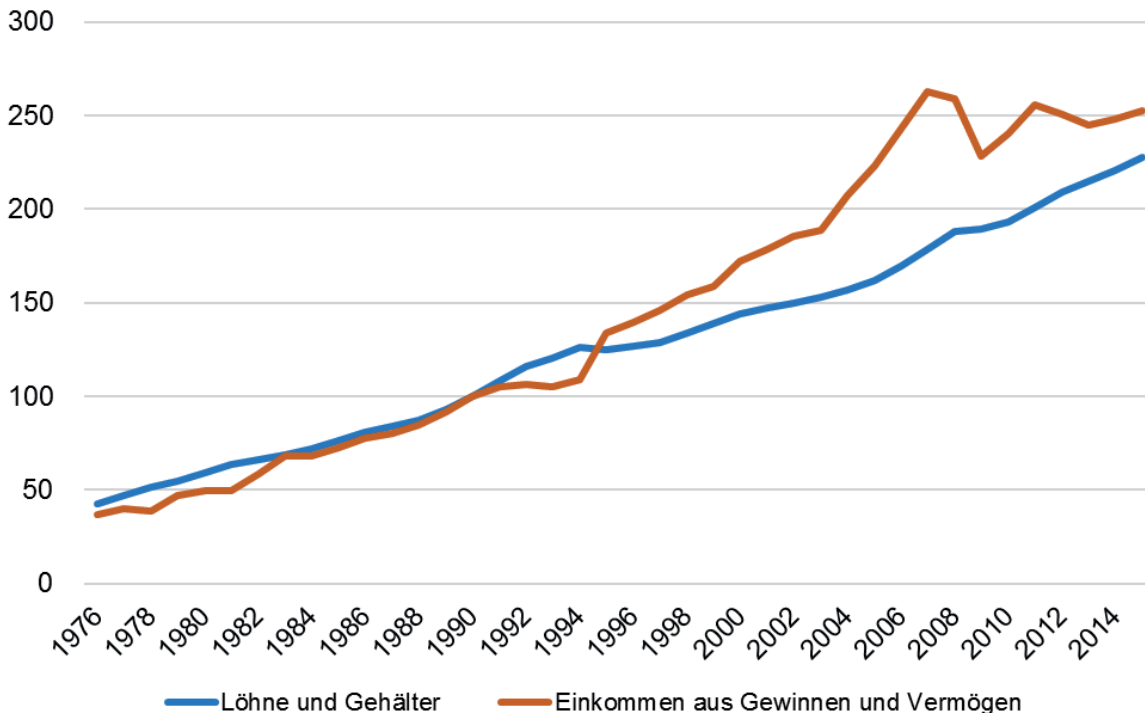
Entwicklung der Lohnquote seit 1995



Quelle: Statistik Austria (September 2016), Berechnung AK Salzburg

Auch die Betrachtung der Einkommensentwicklung in Österreich zeigt, dass die Schieflage zwischen Gewinn- und Besitzeinkommen und Lohnneinkommen weiter zunimmt. Die Gewinn- und Besitzeinkommen (+253 Prozent) sind seit den 1970ern mehr gestiegen als die Löhne und Gehälter der Beschäftigten (+227 Prozent).

Einkommen aus Gewinne und Vermögen vs. Löhne und Gehälter



Quelle: Statistik Austria (Juli 2016), Berechnung AK Salzburg

Da das soziale Sicherungssystem in Österreich in erster Linie durch Abgaben auf Löhne und Gehälter finanziert wird, fehlt langfristig Geld bei den Pensionen, in der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung. Die Verschiebung der Einkommen von Löhnen zu Gewinnen schwächt außerdem die Kaufkraft der Haushalte und damit den privaten Konsum und die zukünftige Wirtschaftsentwicklung.



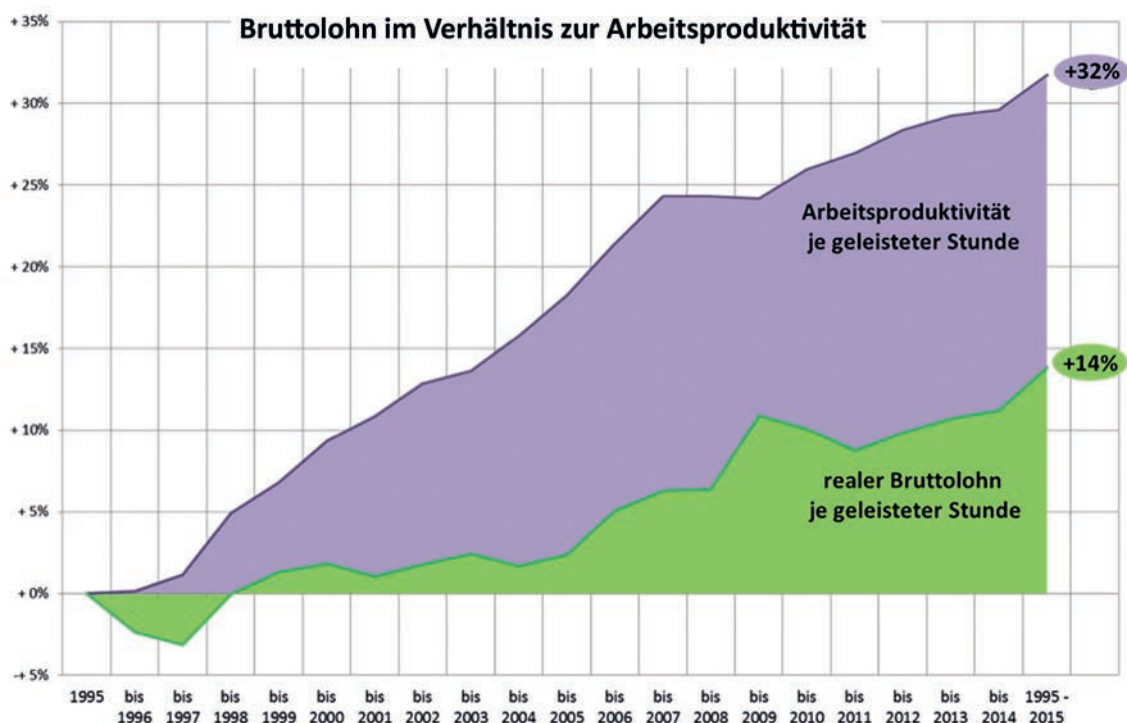
Daher fordern wir:

Eine Korrektur des jahrzehntelangen Rückgangs der Löhne in Relation zu Gewinnen und Vermögenseinkommen durch Lohn- und Gehaltssteigerungen.

- Eine **produktivitätsorientierte, solidarische Lohnpolitik**. Das heißt, die Löhne müssen mindestens in dem Ausmaß steigen, in dem die Arbeitsproduktivität und die Verbraucherpreise gestiegen sind (= konstante Lohnquote).
- **Europaweite Koordinierung der Lohnpolitik** durch die europäische Sozialpartnerschaft statt Eingriffe in die Lohnpolitik der Mitgliedsstaaten.

Die Leistung der Beschäftigten wird zu wenig abgegolten

Die geleistete Arbeit der Beschäftigten ist 2015 real um knapp 32 Prozent ergiebiger als vor zwanzig Jahren, die durchschnittliche Entlohnung pro Stunde ist aber nur um knapp 14 Prozent höher. Das bedeutet, Erwerbstätige schaffen mit Ihrer Arbeit in der Stunde im Schnitt um fast ein Drittel mehr Werte als 1995, der bezahlte Lohn für die geleisteten Arbeitsstunden ist preisbereinigt aber nur etwa halb so stark gewachsen.



Quelle: Statistik Austria (September 2016), inflationsbereinigter Bruttoverdienst pro Stunde, reales BIP pro Stunde. Berechnung Csoka, B.(AK Oberösterreich)

Es gibt also genug Spielraum für eine produktivitätsorientierte, solidarische Lohnpolitik. Eine Orientierung an der legendären „Benya-Formel“ fordert, dass die Höhe der Lohnsteigerung der Inflation plus dem mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs entsprechen muss. So ist sichergestellt, dass alle Beschäftigten am gesamtwirtschaftlichen Fortschritt Anteil haben. Die realen Löhne und Gehälter steigen dann etwa gleich schnell wie die Menge der Güter und Dienstleistungen, die pro Stunde produziert werden. Dieser Grundsatz zählt nach wie vor zu den wichtigsten lohnpolitischen Prinzipien des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Als Argument gegen Lohnsteigerungen wird oft ein vermeintlicher Wettbewerbsnachteil durch hohe österreichische Arbeitskosten angeführt. Jedoch: Arbeitskosten alleine sagen nichts über die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte aus.

Für internationale Vergleiche relevant in Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist immer das Verhältnis der Inputkosten (zB Löhne) zu den geschaffenen Werten (Produktivität) – die sogenannten Lohnstückkosten. Sie waren in Österreich 2012 in der Sachgütererzeugung niedriger als etwa in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien und sind seit der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich fast gleichgeblieben. Während die Lohnstückkosten in Österreich zwischen 2009 und 2015 um 0,9 Prozent gestiegen sind, betrug die Steigerung im EU-Schnitt 3,6 Prozent. Mindestens genauso wichtig wie die Kosten sind aber ohnehin andere Faktoren wie Produktqualität, bekannte Marken oder Wechselkursschwankungen.

Die Entwicklung von Löhnen und Gehältern wird auch nicht ausschließlich durch die Lohnverhandlungen der Sozialpartner beeinflusst. Der Gesetzgeber ist gefordert, die Umgehung von kollektivvertraglichen Mindestlöhnen, die korrekte Bezahlung von Über- und Mehrarbeitsstunden und die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping wirksam zu kontrollieren und bei Verstößen zu sanktionieren. Auch hohe Arbeitslosigkeit und die Atypisierung des Arbeitsmarkts (zB: Leiharbeit, Wechsel in billigere KVs, Umgehung von Mindestlöhnen...) schwächen die Verhandlungsposition der unselbständig Beschäftigten

Quelle: Schröder, C. (2013): Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich. In: Institut der deutschen Wirtschaft Trend 04/2013, S. 8; OECD (2016): Lohnstückkosten, Veränderung



Daher fordern wir:

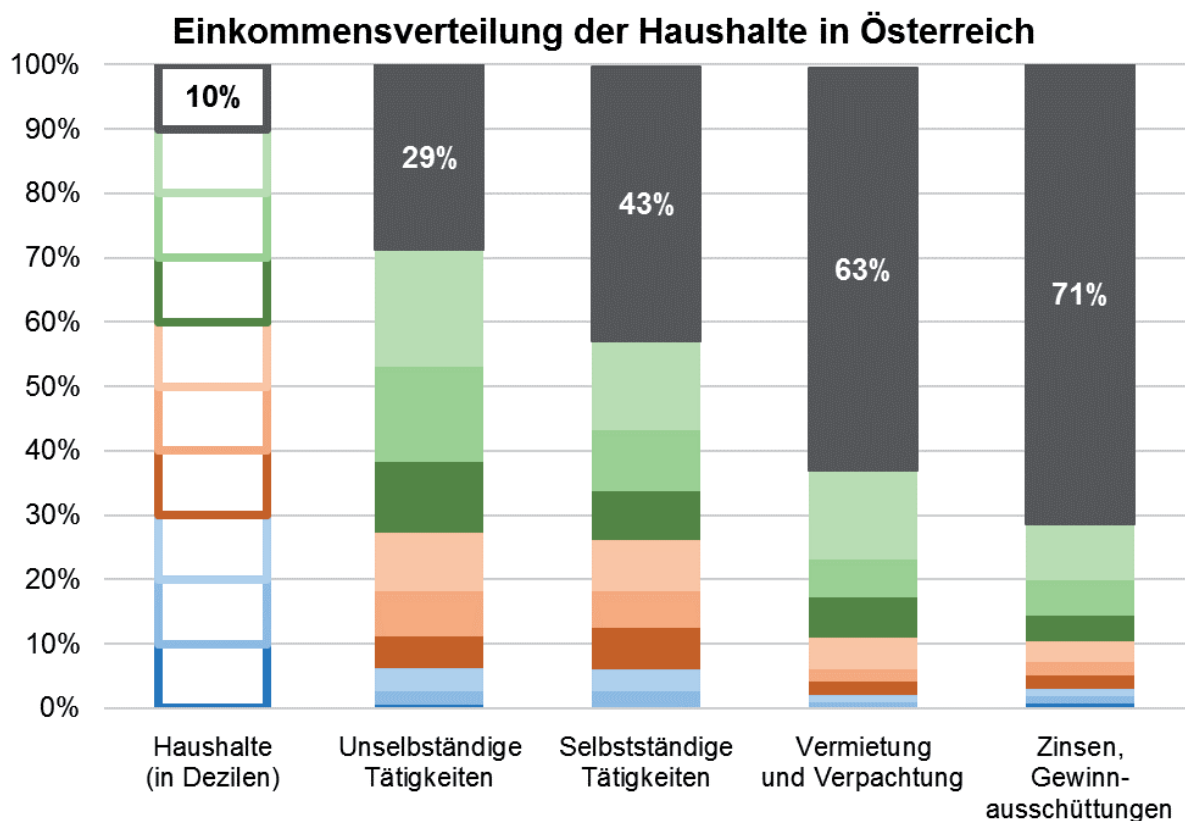
Eine faire Lohn- und Gehaltsentwicklung statt Lohnverzicht!

- Schrittweise **Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter** auf monatlich 1.700 Euro brutto in allen Branchen.
- **Korrekte Einstufung laut Kollektivvertrag**, korrekte Bezahlung der **Über- und Mehrarbeitsstunden**, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen & Männer.
- Wirksame Umsetzung des **Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes** durch verstärkte Kontrollen.
- **Koordiniertes Handeln und faire Lohn- und Gehaltsentwicklung** in Europa statt brutaler Standort-Konkurrenz und Lohn- und Sozialdumping „nach unten“.

Die Markteinkommen sind ungleich verteilt

Neben der Erwerbsarbeit (unselbstständig/selbstständig) können Markteinkommen auch aus der Vermietung und Verpachtung oder Zinsen und Gewinnausschüttungen erzielt werden. Die Markteinkommen der in Österreich ansässigen privaten Haushalte sind sehr ungleich verteilt.

Der größte Teil der Markteinkommen wird aus unselbstständigen Tätigkeiten erwirtschaftet, wobei in dieser Einkunftsart 28,8 Prozent des gesamten Einkommens die obersten zehn Prozent bekommen. Die nächsten drei einkommensstärksten Dezile (7.-9.Dezil) bekommen weitere 43,9 Prozent, während sich die unteren Einkommensdezile (1.-6. Dezil) die restlichen 27,3 Prozent teilen. Die 10 Prozent der einkommensstärksten Haushalte bekommen also gemeinsam mehr Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit als die untersten 60 Prozent der Haushalte. Dezile zerlegen eine Verteilung in zehn gleich große Teile.



Quelle: Wifo Monatsberichte (2016), 89(5)

Deutlich ungleicher ist die Verteilung der anderen Einkunftsarten. Aus selbstständiger Tätigkeit verdient die einkommensstärksten zehn Prozent 42,5 Prozent des gesamten Einkommens. 71,4 Prozent, also fast drei Viertel aller Einkommen aus Zinsen und Gewinnausschüttungen fließen an das oberste Dezil. Bei den restlichen 90 Prozent der Haushalte spielen Einkommen aus Zinsen und Gewinnausschüttungen nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Eine der zentralen Herausforderungen ist daher die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Verteilung. Denn die Folgen dieser wachsenden Ungleichheit sind eine schwache Wirtschaftsentwicklung, abnehmender Chancengleichheit und eine zunehmenden Armutsgefährdung. Die zunehmende ungleiche Verteilung der Markteinkommen blieb bis zur Mitte der 2000er Jahre noch stabil, hat aber seitdem stark zugenommen.

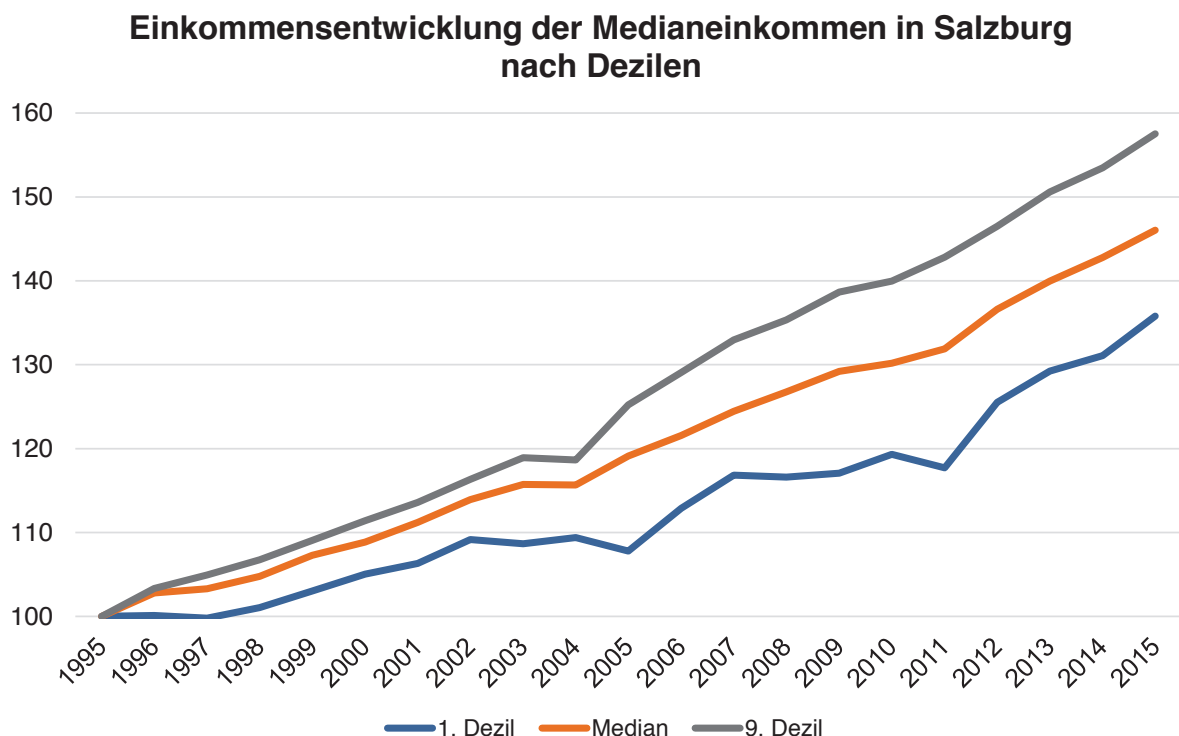
Vor allem die schwache Arbeitsmarktentwicklung und die zunehmende Ausweitung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen haben in den vergangenen Jahren zu einer Zunahme der Einkommensungleichheit geführt. Die Rekordarbeitslosigkeit, die zunehmende Teilzeitbeschäftigung und ein Beschäftigungswachstum, das sich auf unterdurchschnittlich entlohnte Dienstleistungssektoren konzentrierte, führte zu einem Stagnieren beziehungsweise sogar einem Sinken der unteren Einkommen. Ein Auseinanderklaffen der Einkommen hat neben negativen politischen und sozialen Folgen auch einen dämpfenden Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Wenn sich im Zuge steigender Ungleichheit die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung nur schwach entwickelt, droht entweder eine Überschuldung der privaten Haushalte oder ein Rückgang der Konsumnachfrage. Der private Konsum ist in Österreich für über die Hälfte der Wirtschaftsleistung verantwortlich.



Die Einkommensverteilung in Salzburg wird ungleicher

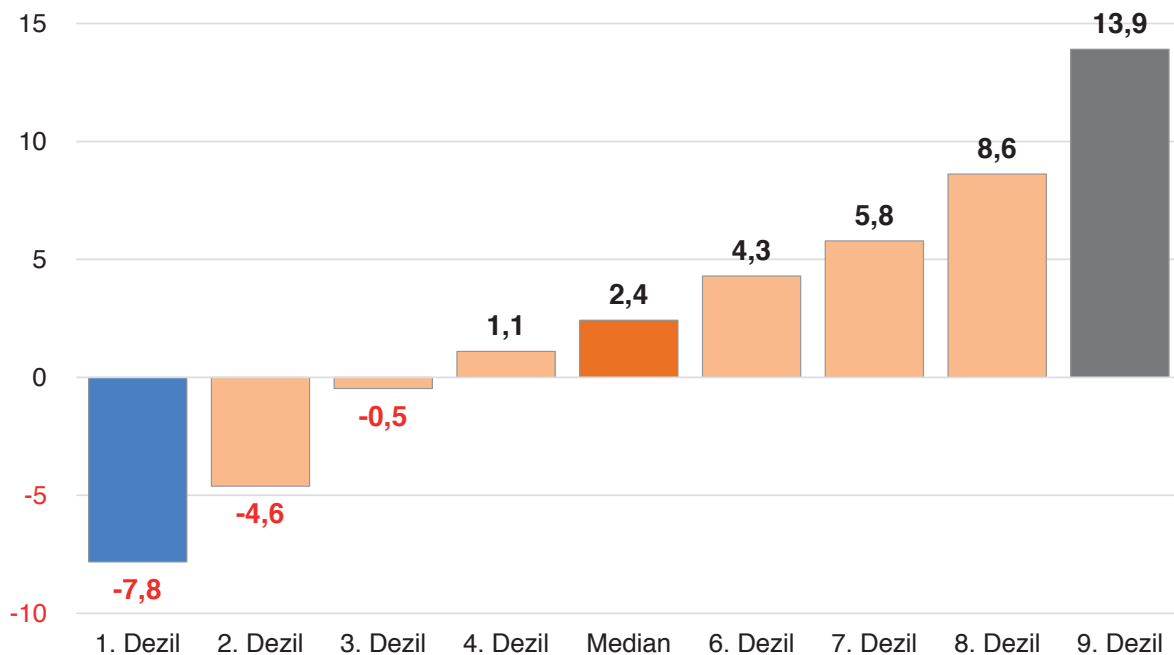
Die Einkommen in Salzburg liegen aufgrund des hohen Anteils von Dienstleistungsberufen in der Wirtschaftsstruktur, im Vergleich mit den anderen Bundesländern am unteren Ende. Vor allem die zentralen Wirtschaftsbereiche Beherbergung und Gastronomie und der Handel sind in Salzburg deutlich überrepräsentiert. Da die Medianeinkommen dieser Branchen unterdurchschnittlich sind, liegt das Salzburger Medianeinkommen bei lediglich 2.045 Euro brutto (14mal im Jahr). Die Medianeinkommen in der Beherbergung und Gastronomie liegen hingegen nur bei 1.639 Euro und jene des Handels bei 1.959 Euro. Medianeinkommen ist jenes Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie einem niedrigeren Einkommen gibt.

Die Einkommen des untersten Dezils sind in den vergangenen 20 Jahren um 35,8 Prozent gestiegen, während die Einkommen des 9. Einkommensdezils um 57,5 Prozent gestiegen sind. Die Medianeinkommen sind im selben Zeitraum um 46,0 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man die Inflation in diesem Zeitraum (+43,6 Prozent) ergibt sich vor allem für die unteren Einkommensdezile ein deutlicher Reallohnverlust.



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungen (2016): Daten 1995 – 2015

Reale Einkommensentwicklung in Salzburg 1995 - 2015 nach Dezilen (in %)



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungen (2016): Daten 1995 - 2015

Sowohl für Österreich, als auch für Salzburg zeigt sich, dass während die oberen Einkommen in den vergangenen 20 Jahren deutlich zulegen konnten die unteren Einkommensdezile zum Teil deutlich verloren haben. Die Ungleichheit hat kontinuierlich zugenommen. Der Gini-Koeffizient der Bruttoeinkommen lag 2013 für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Österreich bei 0,448 während er im Jahr 1995 noch bei 0,404 lag. Der Gini-Koeffizient ist ein Verteilungsmaß und liegt immer zwischen 0 und 1, wobei 1 eine völlige Ungleichverteilung wäre (eine Person erhält das gesamte Einkommen) und 0 eine völlige Gleichverteilung.



Daher fordern wir:

Eine faire Lohn- und Gehaltsentwicklung statt Lohnverzicht!

- Schrittweise **Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter** auf monatlich 1.700 Euro brutto in allen Branchen.
- **Korrekte Einstufung laut Kollektivvertrag.**
- Korrekte **Bezahlung der Über- und Mehrarbeitsstunden.**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** von Frauen und Männer.
- Wirksame Umsetzung des **Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes.**

Privater Reichtum nur für sehr wenige Haushalte

Der private Reichtum, der aus Finanzvermögen (Aktien, Sparkonten, Fonds etc.) und Sachvermögen (Immobilien, Unternehmensbeteiligungen, Fahrzeuge etc.) besteht, beträgt laut Berechnungen der Universität Linz in Österreich rund 1,3 Billionen Euro Nettovermögen und ist äußerst ungleich verteilt. Im Unterschied zu öffentlichem Vermögen, das staatlicher – und daher unser aller – Besitz ist, gehört das Privatvermögen einzelnen Personen, Haushalten, Unternehmen oder Stiftungen. Zum Privatvermögen haben die europäische Zentralbank (EZB) und die einzelnen Nationalbanken (in Österreich ÖNB) zum erst zweiten Mal eine Erhebung durchgeführt. Die Ergebnisse wurden 2016 veröffentlicht.

Bankkonten, Bausparverträge und Eigenheim/Eigenwohnung sind laut dieser Erhebung bei den österreichischen Haushalten relativ weit verbreitet:

- 99 Prozent haben ein Bankkonto
- 77 Prozent haben Auto(s) oder andere Fahrzeuge
- Rund der Hälfte (48 Prozent) gehört ihr Hauptwohnsitz

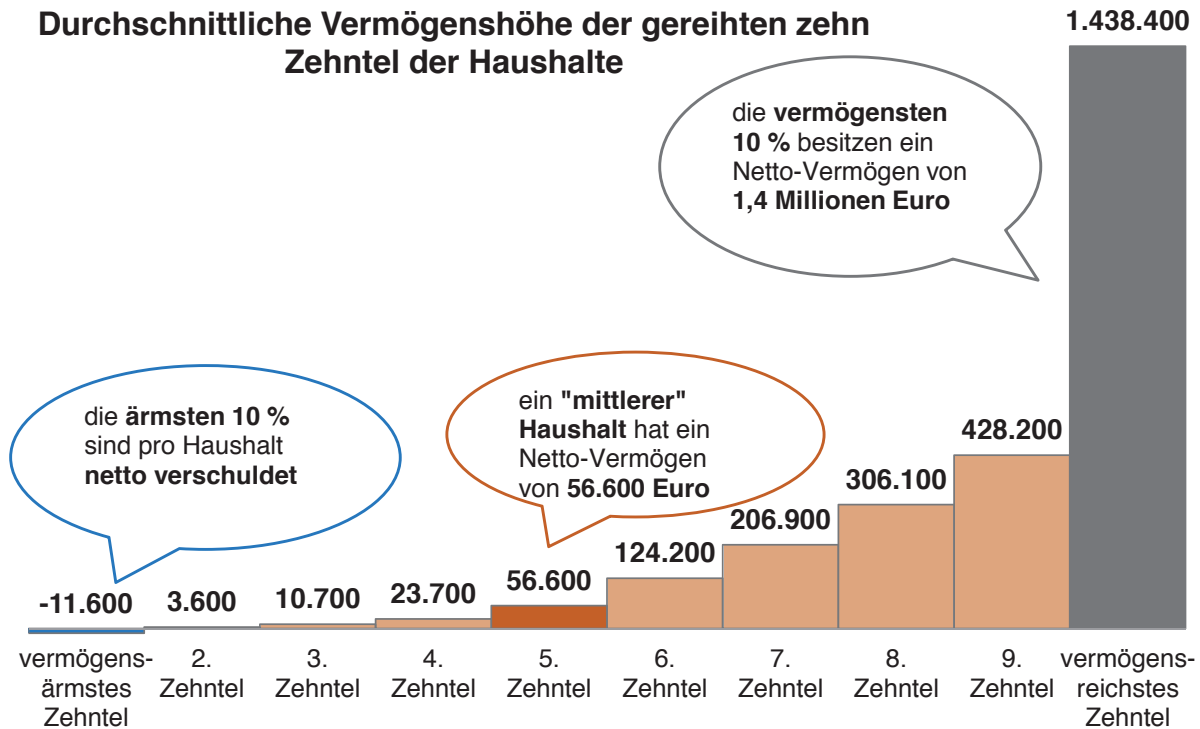
Nur wenige Haushalte besitzen darüber hinaus allerdings weitere Vermögensarten:

- Jede/r sechste Haushalt (15 Prozent) hat eine freiwillige private Altersversicherung
- Jede/r achte Haushalt (12 Prozent) besitzt anderes Immobilienvermögen
- Jede/r zehnte Haushalt (10 Prozent) besitzt Fonds
- Sieben Prozent gehören Unternehmen(sbeteiligungen) inkl. Landwirtschaftsbetriebe
- Fünf Prozent besitzen börsennotierte Aktien
- Vier Prozent nennen Anleihen ihr Eigen

Die Hälfte der Haushalte hat also keinen nennenswerten privaten Besitz: Sie wohnen zur Miete. Ein Auto, Giro- und Sparkonten sind die wichtigsten Besitztümer. Das bedeutet nicht, dass diese Haushalte in Armut leben: In Österreich muss man dank eines gut ausgebauten Sozial- und vor allem Pensionssystems sowie einer bis jetzt guten Versorgung mit sozialem Wohnbau und einem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem kein Vermögen bilden, um hohe Lebensqualität und Sicherheit zu haben.

Es gibt aber schon einen ersten Hinweis darauf, wie ungleich die Privatvermögen in Österreich verteilt sind. Wie vermögend einzelne Haushalte wirklich sind, hängt auch von einer etwaigen Verschuldung ab. Daher ist für Haushaltsvergleiche das Nettovermögen (Bruttovermögen abzüglich Kredite) relevant.

Die Zahlen zeigen, dass der private Reichtum in Österreich sehr ungleich verteilt ist. Während die ärmsten 10 Prozent der Haushalte durchschnittlich mit 11.600 Euro verschuldet sind, verfügt ein „mittlerer Haushalt“ über ein Nettovermögen von 56.600 Euro. Die vermögendsten 10 Prozent der Haushalte besitzen dagegen Aktien, Grundstücke etc. in Höhe von durchschnittlich 1,4 Millionen Euro.



Quelle: ÖNB (2014): Household Finance and Consumption Survey (HFCS) des Eurosystems

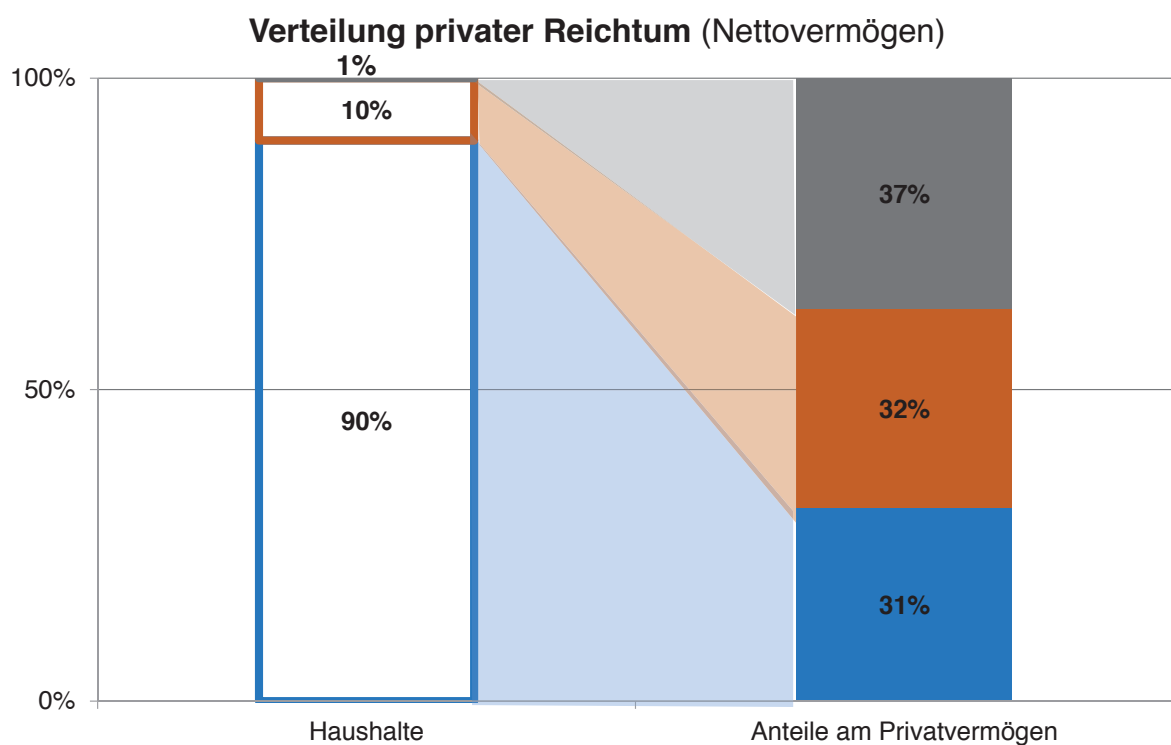
Vergleicht man die durchschnittlichen Nettovermögen nach dem Berufsstand von Referenz-personen zeigt sich, dass Unternehmer/-innen (1.320 TSD Euro) und Landwirt/-innen (897 TSD Euro) einen deutlich höheren Mittelwert aufweisen als Beamt/-innen (318 TSD Euro), Pensionist/-innen (226 TSD Euro), Angestellte (207 TSD Euro) und Facharbeiter/-innen (123 TSD).

Quelle: ÖNB (2010,2014) HFCS des Eurosystems; Markus Marterbauer(2014): blog.arbeit-wirtschaft.at

Privater Reichtum ist stark konzentriert und erheblich unterschätzt

Der private Reichtum ist europaweit stark konzentriert, in Österreich noch stärker als im europäischen Durchschnitt. Nach den Daten der Nationalbank besitzen die oberen fünf Prozent der Haushalte in Österreich etwa gleich viel wie die unteren 90 Prozent. Da die vorhandenen Daten der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) auf Befragungen beruhen und viele ganz Reiche an diesen Befragungen nicht teilnehmen oder keine Auskunft über ihren gesamten Besitz geben, kann davon ausgegangen werden, dass das wirkliche Vermögen der Reichen sogar noch unterschätzt wird. Eine Studie der Universität Linz hat die Lücke der Top-Vermögen mit gängigen statistischen Verfahren erhoben und korrigiert.

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass der Anteil des obersten Prozent der Haushalte am Nettovermögen nicht wie im HFCS 2010 angegeben 22,9% beträgt (HFCS 2014 25,4%), sondern 37 Prozent. Das reichste Vermögenszehntel konzentriert mehr als zwei Drittel des gesamten privaten Reichtums auf sich, wohingegen der große Teil der Bevölkerung (die restlichen 90 Prozent) weniger als ein Drittel des gesamten Vermögens besitzen.



Quelle: JKU(2013); Berechnung Csoka, B. (AK Oberösterreich)

Die Vermögenswerte der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung wachsen zudem fast dreimal so schnell wie der Besitz der restlichen 90 Prozent. Das bedeutet, sie werden pro Stunde um rund 3,36 Millionen Euro reicher.

Quelle: AK OÖ Reichtumsticker, September 2016

Auch global steigt die Reichtumskonzentration immer weiter an. So kam eine Studie von Oxfam zum Ergebnis, dass im Jahr 2015 das reichste Prozent der Weltbevölkerung, also rund 70 Millionen Menschen, mehr besitzt als die restlichen 99 Prozent (rund 7 Milliarden) zusammen. Noch drastischer zeigen die Vermögen der Superreichen die Ungleichheit: Die 62 reichsten Einzelpersonen – ein Jahr davor waren es noch 80 – besitzen genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Quelle: Oxfam 2015: An Economy for the 1%

Auffällig ist zudem, dass die privaten Vermögen international und besonders in Österreich viel ungleicher verteilt sind als die Einkommen. Die einkommensstärksten zehn Prozent der österreichischen Haushalte erhalten 21,9 Prozent der Gesamteinkommen und liegen damit leicht unter dem Durchschnitt der einkommensstärksten zehn Prozent in Industrieländern (OECD 17: 23,7 Prozent). Die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte in Österreich besitzen jedoch 61,7 Prozent des privaten Reichtums und liegen damit deutlich über dem OECD Durchschnitt von 50,1 Prozent. Auf den ersten Blick wirkt es wie ein absurdes Ergebnis, dass die Einkommen in Österreich im internationalen Vergleich verhältnismäßig gleich verteilt sind, die privaten Vermögen aber besonders ungleich verteilt sind. Eine wesentliche Erklärung dafür ist, dass in Österreich Erbschaften der größte Treiber bei der Vermögensungleichheit sind, wie das folgende Kapitel zeigt.

Quelle: OECD 2015 „In it together“

Eine starke Ungleichheit führt dabei nicht nur zu einer ungleichen Verteilung von Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten. Langfristig drohen vermehrt soziale Unruhen und ein Legitimationsverlust moderner Demokratien.



Daher fordern wir:

Höhere Beiträge von Spitzenvermögen und Spitzenverdienern!

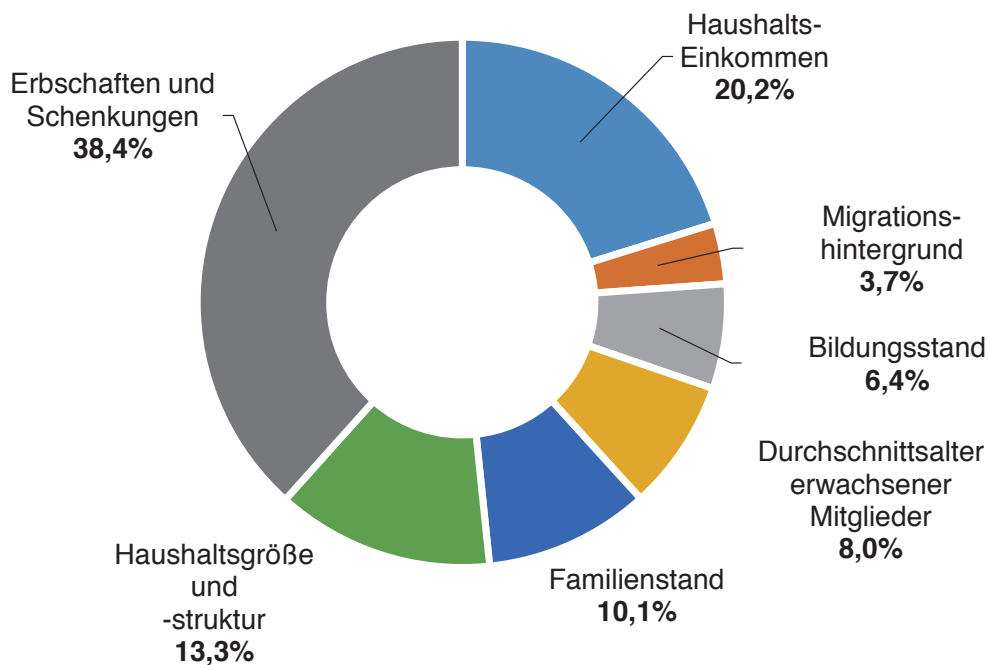
- Einführung einer **Millionärssteuer** auf Netto-Privatvermögen über 1 Million Euro.
- Umsetzung der **Finanztransaktionssteuer**, da sich Spitzenvermögen am Finanzmarkt immer weiter vermehren.
- Unbefristete **Solidarabgabe von Spitzenverdiensten**.
- Bekämpfung von **Steueroasen** (siehe S. 30).

Erbschaften und Schenkungen – Hauptursache für Ungleichheiten

Dass die Privatvermögen in Österreich sehr ungleich verteilt sind, ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Unklarer ist, wie diese Ungleichheit überhaupt entstehen konnte: Durch harte Arbeit? Durch erspartes Einkommen? Durch bessere Ausbildung? Durch unterschiedliche Haushaltsgrößen oder mehr Familienmitglieder? Natürlich spielen alle diese Aspekte eine gewisse Rolle.

Tatsächlich aber sind Erbschaften und Schenkungen mit einem Anteil von fast 40 Prozent der wichtigste Faktor für Vermögensunterschiede zwischen den Haushalten. Ein Spitzenwert im europäischen Vergleich, nur in Deutschland und Zypern spielen Erbschaften und Schenkungen eine ebenso große Rolle. Der Beitrag hoher Einkommen zur Vermögensungleichheit ist dagegen nur halb so groß, Bildungsunterschiede erklären gar nur sechs Prozent. Es ist also die Geburtslotterie und nicht harte Arbeit und Fleiß, die bestimmt, wer sehr reich wird.

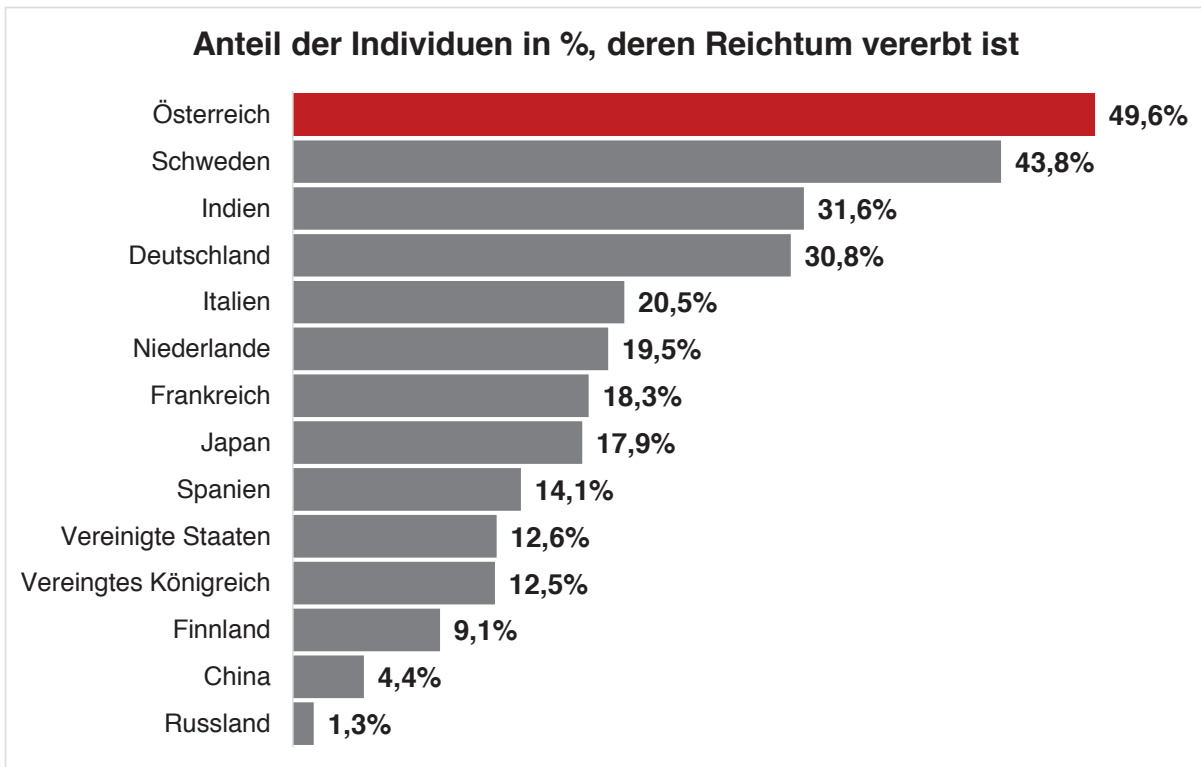
**Relative Beiträge der Einflussfaktoren auf Ungleichheit bei
Haushaltsvermögen**



Quelle: ÖNB (2010): HFCS; Berechnungen Leitner, S (2015): Drivers of Wealth Inequality in Euro Area Countries

Tatsächlich wäre eine große Rolle von Erbschaften für den Vermögensaufbau kein Problem, wenn jede und jeder in Österreich gleich viel vererbt bekäme. Das ist aber natürlich nicht der Fall, nur wenige haben das Glück der Geburt. 2010 summierten sich die Erbschaften auf über 320 Milliarden Euro.

Aber nur etwa 35 Prozent der österreichischen Haushalte kamen zum Erhebungszeitpunkt überhaupt in den Genuss einer Erbschaft und Schenkung. Und nur 20 Prozent haben über den Hauptwohnsitz hinaus noch etwas geerbt.



Quelle: Wai, J. & Lincoln, D. (2016): Investigating the right tail of wealth

Je vermögender Haushalte bereits sind, umso wahrscheinlicher wird er also zusätzliches Vermögen erben und umso höher ist die Erbschaft. Wir drastisch die Situation ist Österreich ist, zeigt auch eine internationale Untersuchung. Die Hälfte der Personen die hierzulande sehr reich sind, wurde bereits reich geboren. Nur hinter 18 Prozent der größten Vermögen steht die eigene Leistung. Österreich nimmt damit im internationalen Vergleich den unrühmlichen ersten Platz ein.



Daher fordern wir:

Eine faire Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen

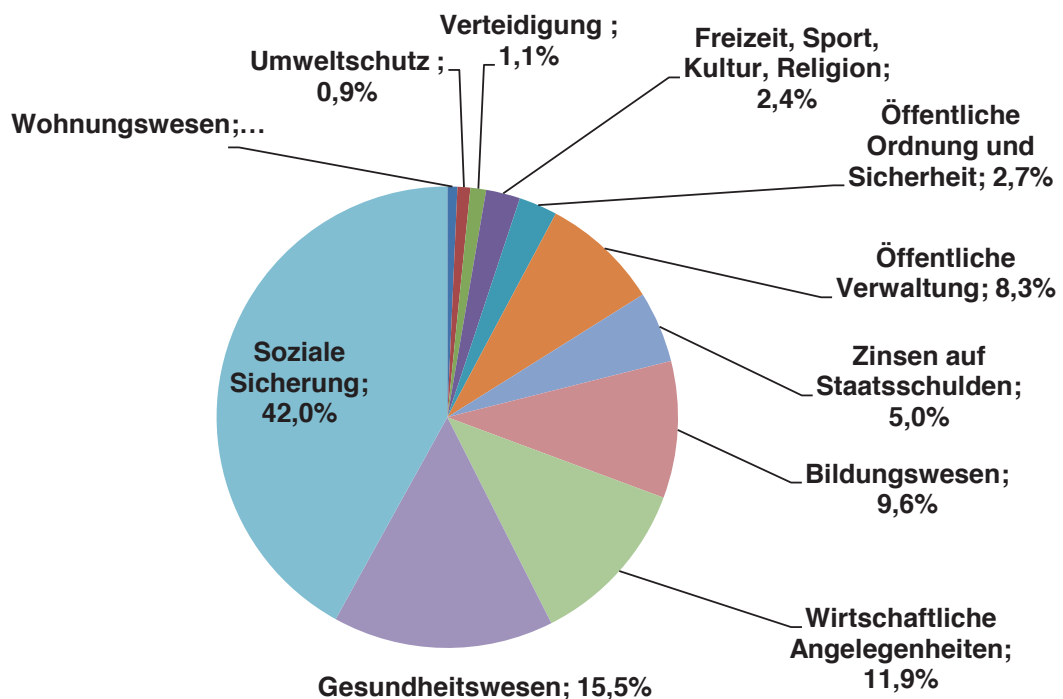
- Einführung einer reformierten **Erbschafts- und Schenkungssteuer** mit Freibeträgen, die sicherstellen, dass im Laufe eines Arbeitnehmer/-innenlebens Erspartes steuerfrei weitervererbt werden kann.
- Erbschaften sind Vermögenszuwächse wie alle anderen Einkommen auch. Erben ist keine Leistung.

Der Sozialstaat hilft Allen und schützt (teilweise) vor Armut

Obwohl die privaten Vermögen und Spitzeneinkünfte in Österreich stark in den Händen weniger konzentriert sind, leben nicht alle besitzlosen Haushalte in Österreich in Armut. Der Grund dafür ist der österreichische Sozialstaat. Denn dank eines gut ausgebauten Sozial- und vor allem Pensionssystems sowie einer bisher guten Versorgung mit sozialem Wohnbau und einem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem muss man in Österreich kein Vermögen bilden, um hohe Lebensqualität und Sicherheit zu haben. In Österreich profitieren alle Menschen je nach Lebens- und Einkommenssituation in unterschiedlicher Intensität von sozialstaatlicher Leistung.

Die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen sind in den letzten 30 Jahren immer weiter gestiegen. Der Sozialstaat versucht dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Der Sozialstaat unterstützt nicht nur Menschen in schwierigen Lebenslagen, wie es in fast allen Industrieländern geschieht. Er unterscheidet sich von sogenannten liberalen Sozialstaatsmodellen dadurch, dass durch ausgabenseitige Umverteilung und das zur Verfügung stellen von kostenlosen öffentlichen Leistungen für Alle aktiv umverteilt wird. Damit wird Wohlstand für eine breite Mittelschicht geschaffen. Denn hohe private Ausgaben für Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Altersversorgung und Wohnen würden untere und mittlere Einkommensschichten weit stärker treffen als reiche Haushalte.

Struktur Staatsausgaben 2015 (175,4 Mrd. €)



Quelle: Statistik Austria (2016): Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen

Die Struktur der österreichischen Staatsausgaben (175 Milliarden Euro) zeigt die Vielfalt der Aufgaben des Staates. 42 Prozent der gesamten Ausgaben (darin sind auch Versicherungsleistungen enthalten) entfallen auf den Bereich der sozialen Sicherung wie unter anderem Ausgaben für das öffentliche Pensionssystem, Familienleistungen, Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung, Wohnbeihilfen. Nur ein äußerst geringer Teil dieser Ausgaben fließt in die absolute Existenzsicherung zur Bekämpfung von Armut, bei den meisten Ausgaben handelt es sich um Versicherungsleistungen, deren Höhe durch das zuvor erzielte Einkommen bestimmt wird. 15 Prozent der Ausgaben fließen in ein öffentliches Gesundheitswesen und 10 Prozent in ein Bildungswesen, das damit für alle kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung steht. Ungefähr die Hälfte der Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten entfällt auf den öffentlichen Verkehr und Ausgaben für angewandte Forschung. Finanziert werden diese Ausgaben zu 88 Prozent aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Eine private Finanzierung der Ausgaben für Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Altersvorsorge wäre wohl für niedrige und mittlere Einkommensschichten nur schwer leistbar. Trotz öffentlicher Finanzierung sind aber wesentliche Ziele wie Teilhabemöglichkeiten, Chancengleichheit und Armutsbekämpfung noch nicht erreicht. Der Sozialstaat muss daher laufend angepasst und weiterentwickelt werden, um alten und neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Fiktive und Tatsächliche Armutsgefährdung in Österreich		
Ohne Pensionen und Sozialleistung	Mit Pensionen ohne Sozialleistung	Mit Pensionen und Sozialleistungen
44%	26%	14%

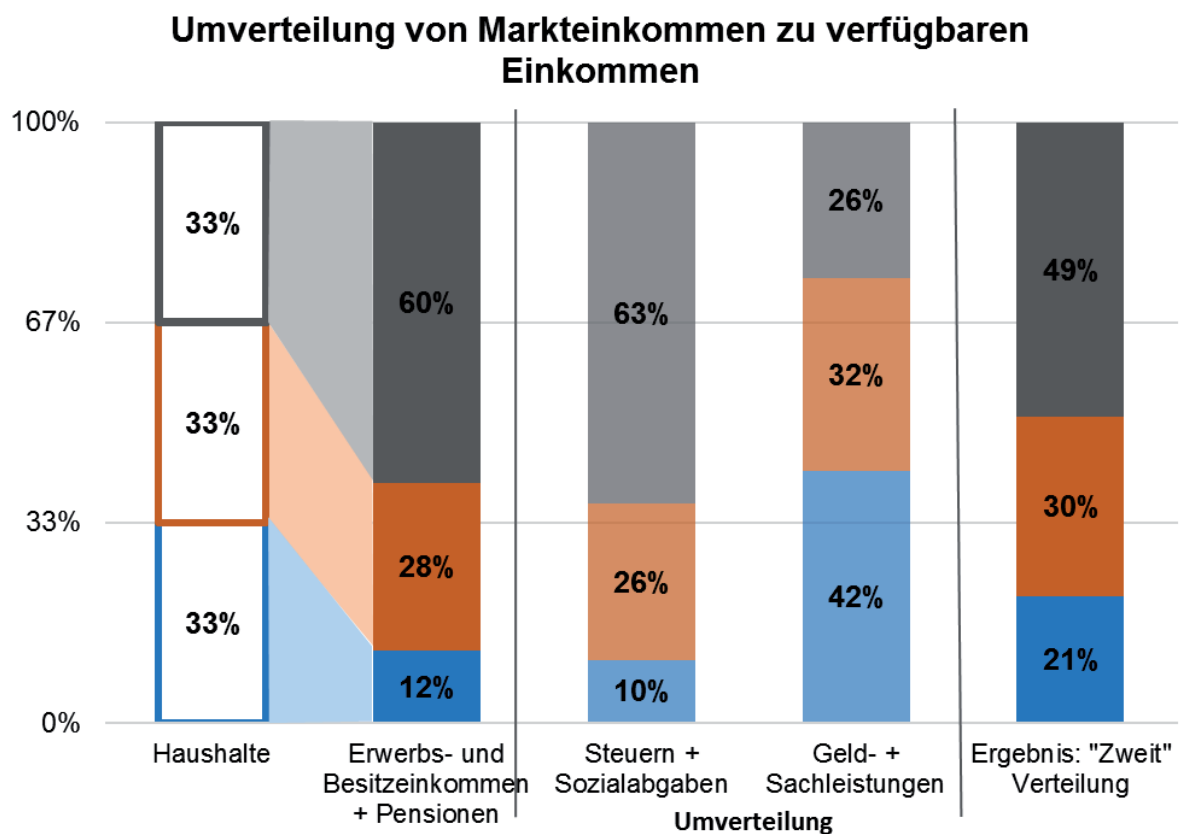
Welche große Rolle der österreichische Sozialstaat bei der Bekämpfung von Armut spielt zeigt sich an folgendem Beispiel: Gäbe es in Österreich weder Sozialleistungen noch Pensionen, wären von 8,5 Millionen Menschen ganze 3,8 Millionen armutsgefährdet. Das entspricht einem Anteil von 44 Prozent! Mit Pensionen aber ohne Sozialleistungen wären immer noch 2,2 Millionen Menschen (26 Prozent) armutsgefährdet. Durch Sozialleistungen gelingt es, diesen Anteil auf 14 Prozent (1,2 Millionen) zu senken.

Quelle: Statistik Austria, EU-Silc 2015

Sozialstaat gleicht aus, verteilt um und stabilisiert

Der Sozialstaat gleicht einen Teil der steigenden Ungleichheit aus, indem er aktiv umverteilt, wie eine aktuelle Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt. Diese bestätigt, dass die Ungleichverteilung der Markteinkommen durch den staatlichen Umverteilungsprozess verringert wird. Die Zahlen zur Einkommens- und Vermögensverteilung zeigen, dass die „reine“ Marktwirtschaft weder Chancengerechtigkeit noch eine gerechte Verteilung schafft. Da die Ungleichheit sowohl bei den Einkommen als auch bei Vermögen und Erbschaften außerdem zunimmt, wird die umverteilende Rolle durch den Staat immer wichtiger.

Besonders stark wird durch die öffentlichen Geld- und Sachleistungen umverteilt. Denn der Großteil der sozialen Geld- und Sachleistungen kommt allen Haushalten, unabhängig von ihrem Einkommen, gleichermaßen zugute und bedeutet damit in Relation zum Einkommen mehr für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Nur die Arbeitslosenleistungen, die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung sowie die Subjektförderung im Bereich Wohnen gehen zu einem deutlich überproportionalen Anteil an niedrige Einkommen. Das Steuer- und Abgabensystem wirkt hingegen kaum umverteilend (siehe S. 24-25), die Abgabenbelastung entspricht in etwa dem jeweiligen Einkommensanteil.



Quelle: WIFO (2016): Umverteilung durch den Staat

So zahlt das bestverdienenste Drittel der Haushalte 63 Prozent der gesamten Steuer- und Sozialabgaben, erhält jedoch auch 60 Prozent der Markteinkommen. Das geringverdienenste Drittel zahlt etwa ein Zehntel aller Steuern und Abgaben, bei 12 Prozent Anteil an den Einkommen. Erst durch die sozialstaatlichen Ausgaben, die großteils unabhängig vom Einkommen Allen zur Verfügung stehen (Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Familienbeihilfe) und einkommens- und bedarfsabhängigen Versicherungsleistungen gelingt eine gleichere Einkommensverteilung in der sogenannten Zweit-Verteilung. So gelingt es, das Einkommen des geringverdienenden Drittels fast zu verdoppeln (von 12 auf 21 Prozent) und das Einkommen des mittleren Drittels ebenfalls zu erhöhen (von 28 auf 30 Prozent) während das bestverdienenste Drittel der Haushalte noch immer die Hälfte der gesamten Einkommen lukriert (von 60 auf 49 Prozent).

Diese Sozialtransfers und Ausgaben für öffentliche Leistungen haben gerade in einer Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit eine stabilisierende Funktion. Gemeinsam mit Konjunkturprogrammen wird durch die Aufrechterhaltung des Konsums und die Verhinderung des sogenannten „Angstsparens“ der Haushalte ein radikaler Absturz der Wirtschaft verhindert und die Konjunktur stabilisiert. Der Sozialstaat fördert Potenziale, verhindert Dequalifizierung und liefert damit die Grundlage für ein erfolgreiches Durchstarten danach!

Tatsächlich profitieren auch Alle von einer gleicheren Gesellschaft. Kate Pickett und Richard Wilkinson zeigen empirisch, dass soziale Probleme wie Kriminalität und schlechte psychische und physische Gesundheit in gleicheren Gesellschaften geringer sind. Gleichzeitig steigen in gleicheren Gesellschaften das Vertrauen und der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Quelle: Pickett, K. & Wilkinson, R. (2009). Gleichheit ist Glück.



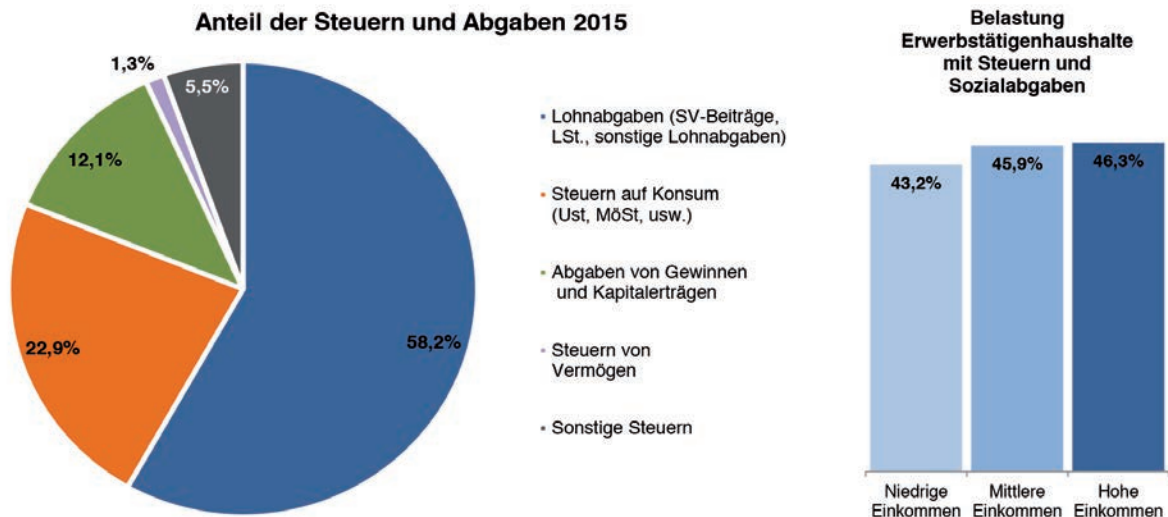
Daher fordern wir:

Sozialstaat FAIRverbessern und finanzieren

- Finanzierung der sozialen Sicherheit durch **Heranziehung aller Wertschöpfungselemente** (nicht nur der Lohnsumme).
- Investitionen in dringend benötigte **soziale Infrastruktur** (Kindergärten, Ganztageschulen, Gesundheit und Pflege).
- **Lebensstandardsichernde Niveaus** der sozialen Absicherung (Arbeitslosengeld, Pensionen, Mindestsicherung etc.).
- **Stärkung und Sicherung des umlagebasierten Pensionssystems.**

Einseitige Finanzierung: Arbeit und Konsum finanzieren den Großteil des Staatshaushalts

Das österreichische Steuer- und Abgabensystem trägt wenig dazu bei, die deutliche Schieflage bei Vermögen und Einkommen zu mindern oder Spitzenvermögen und -einkommen zumindest im Sinne der Leistungsfähigkeit gerecht zu besteuern. Denn der Großteil des österreichischen Steuer- und Abgabenaufkommens und damit auch die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen werden durch Arbeit und Konsum finanziert. Lohnabgaben und Konsumsteuern (wie die Mehrwertsteuer und die Mineralölsteuer) tragen im Jahr 2015 mehr als 80 Prozent der Steuer- und Abgabenbelastung. Nur 12 Prozent der der Steuern und Abgaben stammen aus Gewinnen und Kapitalerträgen und gar nur 1,3 Prozent aus vermögensbezogenen Steuern.



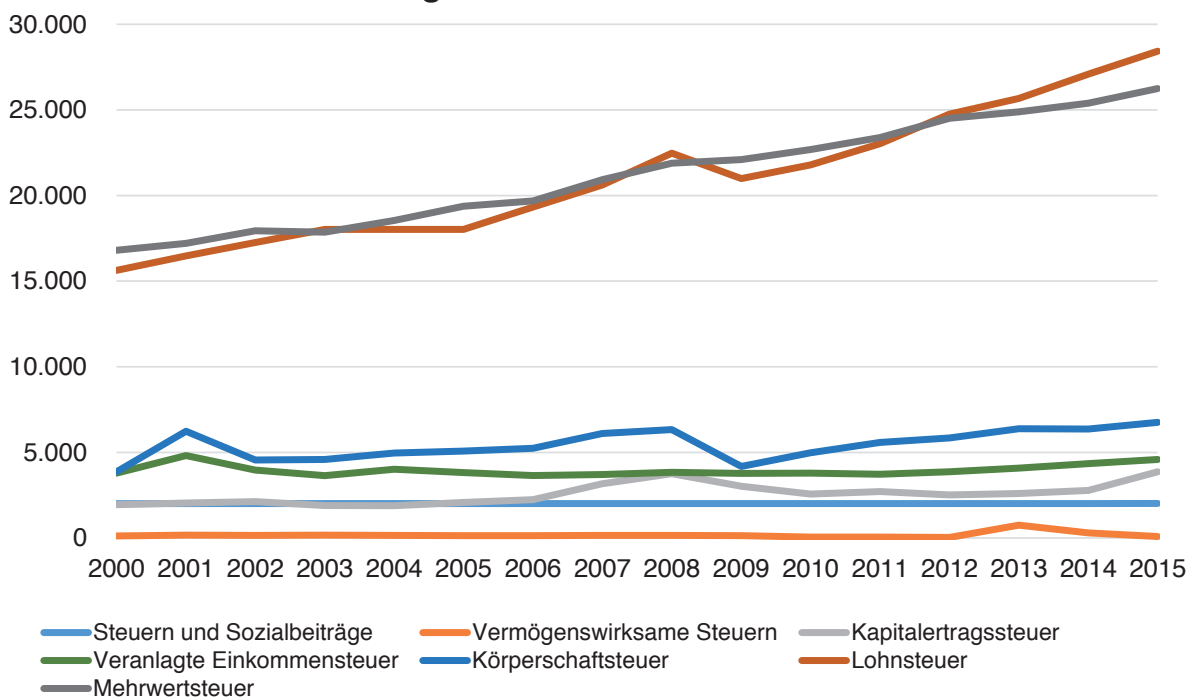
Quellen: Statistik Austria (2016), Berechnung Gerhartinger (AK OÖ); WIFO 2016: Umverteilung durch den Staat

Eine neue Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt außerdem, dass im österreichischen Steuer- und Abgabensystem alle Erwerbstätigen einen etwa gleich hohen Anteil ihres Einkommens (zwischen 43 und 46 Prozent je nach Einkommen) an den Staat abführen. Zwar steigen Lohn- und Einkommenssteuern mit hohen Einkommen überproportional an, Konsumsteuern werden aber von Allen bezahlt und belasten Personen mit niedrigem Einkommen verhältnismäßig mehr. Auch zahlen alle Personen bis zu einem Bruttomonatsgehalt von 4.860 Euro (2016) einen gleich hohen Anteil an Sozialversicherungsbeiträgen. Über diesem Betrag bleibt der Beitrag konstant („Höchstbeitragsgrundlage“), wodurch Großverdiener/-innen anteilsmäßig weniger beitragen.

Steueraufkommen in Mio. Euro	2000	2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Lohnsteuer	15.630	28.429	+12.799	+82%
Umsatzsteuer	16.803	26.246	+9.444	+56%
Veranlagte Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer	7.657	11.341	+3.684	+48%
Kapitalertragssteuer	1.945	3.863	+1.918	+99%
Vermögensbezogene Steuer	111	88	-23	-21%

Betrachtet man die nur die Entwicklung des Steueraufkommens zeigt sich, dass Lohn- und Umsatzsteuern die beiden Einnahmequellen sind, die in den letzten 15 Jahren am meisten zur Budgetfinanzierung beitrugen. Obwohl sich die Einkommensverteilung zulasten der Löhne und Gehälter und zugunsten der Gewinne verschoben hat (siehe sinkende Lohnquote, S. 6), stieg das Steueraufkommen der Lohnsteuer mit 82 Prozent um fast doppelt so viel wie jenes aus der Unternehmenssteuer (48 Prozent).

Entwicklung des Steueraufkommens ab 2000



Quelle: Finanzministerium (2016), Berechnungen AK Salzburg



Daher fordern wir:

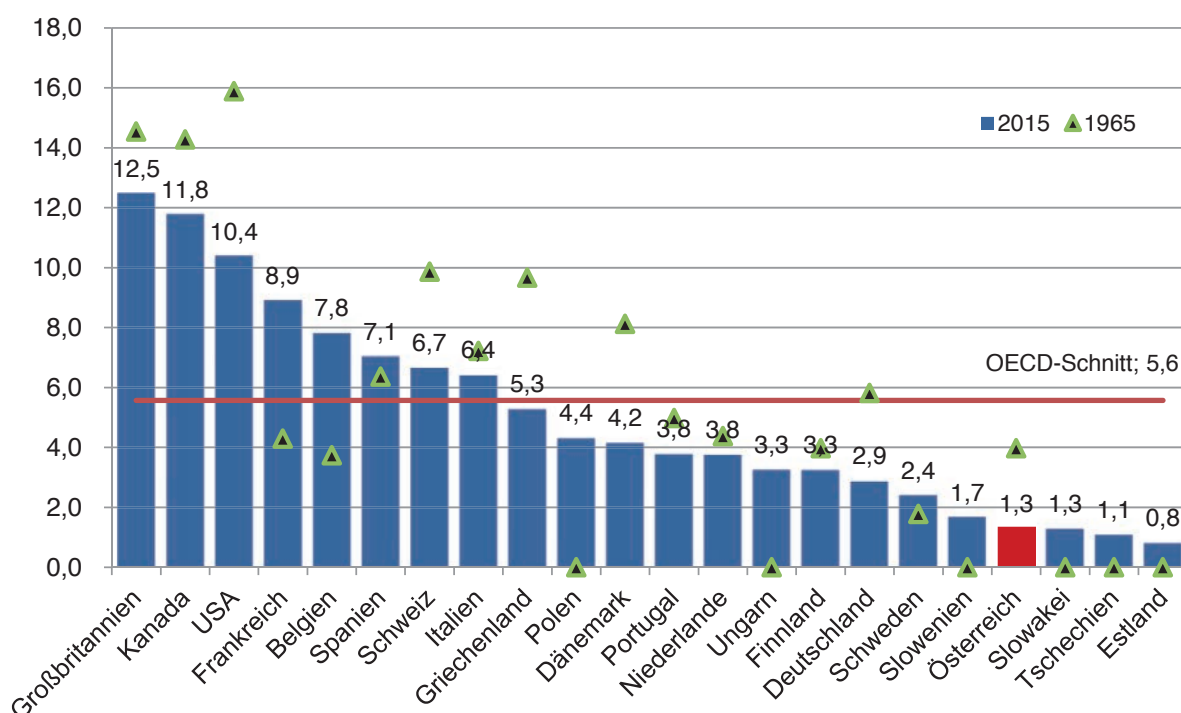
Eine gerechte Verteilung in der Steuerpolitik

- Entlastung des Faktors Arbeit durch **Heranziehung aller Wertschöpfungselemente** (nicht nur der Lohnsumme) zur Finanzierung sozialer Sicherheit.
- Die jährliche **Indexierung** des Steuertarifs und der Freibeträge.
- Wirksame Bekämpfung der **Steueroasen, Steuerflucht und Gewinnverschiebung** durch Konzerne auf europäischer und nationaler Ebene (siehe S. 30).

Vermögens-, Erbschaftssteuern tragen besonders wenig bei

Vermögensbezogene Steuern tragen nicht nur besonders wenig zum österreichischen Steuer- und Abgabensystem bei, ihr Aufkommen ist seit dem Jahr 2000 auch noch gesunken (siehe S. 20-21). Auch im internationalen Vergleich liegt Österreich bei den Einnahmen aus Vermögenssteuern stets unter den Schlusslichtern, 2015 auf dem viertletzten Platz aller OECD-Länder. Die Abbildung zeigt einige ausgewählte OECD-Länder und deren Einnahmen an Vermögenssteuern in Prozent aller Steuereinnahmen.

Vermögensbesteuerung im internationalen Vergleich 2015



Quelle: OECD (2015), Zahlen 2015; Einnahmen an Vermögenssteuern in % aller Steuereinnahmen

Privates Vermögen wird in kaum einem anderen Land so geschont wie in Österreich. Österreich ist ein Niedrigsteuerland bezogen auf Kapital und Vermögen und ein Hochsteuerland bezogen auf Arbeit. Während die Steuern und Sozialbeiträge auf die gesamte Lohnsumme 2012 laut Eurostat 41,5 Prozent betrugen, wurden Gewinne und Kapitalvermögen nur mit 25 Prozent besteuert. Auch internationale Organisationen wie der OECD oder der Internationale Währungsfonds empfehlen Österreich daher seit langen Umschichtungen in der Besteuerung von Arbeit hin zu Vermögen.

Von einer Vermögenssteuer auf das Netto-Privatvermögen der Haushalte über einer Million Euro wären auch nur sehr wenige betroffen. Wie die Darstellung auf Seite 15 zeigt, verfügen nur die reichsten zehn Prozent der Haushalte über ein durchschnittliches Netto-Privatvermögen größer als eine Million Euro.

Auch von der Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer (diese ist 2008 ausgelaufen) wären viele gar nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß betroffen. Von der unteren Hälfte der österreichischen Haushalte hat weniger als ein Drittel bereits eine Erbschaft erhalten. Innerhalb der vermögendsten 20 Prozent der Haushalte erben dagegen zwei Drittel.

Der Großteil der Haushalte erbt somit nichts – und wenn doch, sind es oft nur sehr kleine Beiträge. Denn einer hohen Zahl an geringfügigen Erbschaften steht eine niedrige Zahl an hohen Erbschaften gegenüber. So betrug der (durchschnittliche) Gegenwartswert der erhaltenen Erbschaften und Schenkungen nur bei den reichsten 10 Prozent der Haushalte mehr als 300.000 Euro. Die vier größten Erbschaften machten im Jahr 2006 laut Erbschaftssteuer-statistik ein Viertel des gesamten Steueraufkommens aus.

Quelle: Fessler, P. & Schürz, M. (2015): Private Wealth Arcross European Countries

Die Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer wäre auch aus Gründen der Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit notwendig. Denn wer erbt oder etwas geschenkt bekommt hat dafür keine eigene Leistung erbracht, wird allerdings steuerlich belohnt. Arbeit ist hingegen unmittelbar mit Leistung verbunden, dafür aber steuerlich stark belastet.



Daher fordern wir:

Millionärssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern

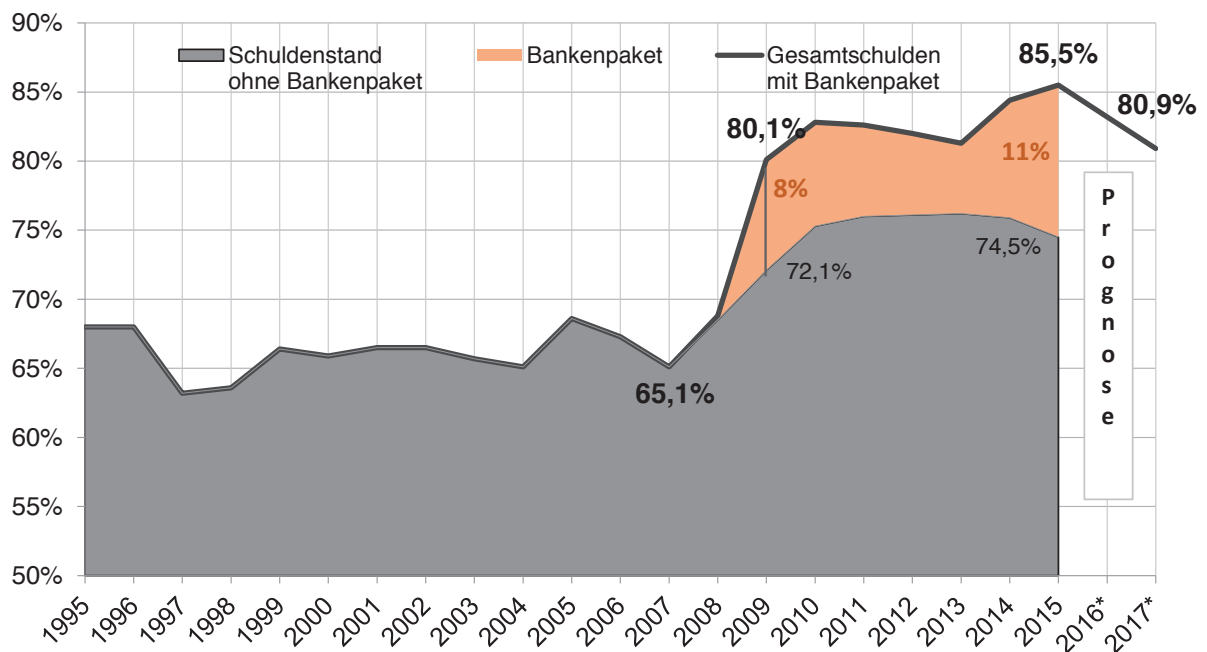
- Einführung einer **Millionärssteuer** auf Netto-Privatvermögen über 1 Million Euro.
- Umsetzung der **Finanztransaktionssteuer**, da sich Spitzenvermögen am Finanzmarkt immer weiter vermehren und die Kosten für Finanzkrisen Alle bezahlen.
- Einführung einer **reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer** mit Freibeträgen, die sicherstellen dass im Laufe eines Arbeitnehmer/-innenlebens Erspartes steuerfrei weitervererbt werden kann.
- Erbschaften sind **Vermögenszuwächse wie alle anderen Einkommen** auch. Erben ist keine Leistung.

Öffentliche Armut, privater Reichtum, Steuersümpfe

Bereits 1958 sprach der amerikanische Ökonom John K. Galbraith von „öffentlicher Armut bei privatem Reichtum“ und meinte damit das Phänomen, dass die privaten Vermögen zwar steigen. Die Finanzierung des Staates (also jenes Vermögens, das Allen gehört) aber wird scheinbar immer schwieriger oder ist nur über einen Anstieg der Staatschulden möglich. Tatsächlich sind privater Reichtum und öffentliche Armut zwei Seiten derselben Medaille, Schulden spiegeln immer Vermögen wider.

Der private Reichtum wächst zwar, ist aber äußerst ungleich verteilt (siehe S.14-17). Während der private Reichtum wächst, steigt aber auch die öffentliche Armut. Die Staatsschulden in Österreich summieren sich im Jahr 2015 auf 290 Milliarden Euro. Forderungen nach mehr staatlichen Investitionen in Infrastruktur, Kinderbetreuung, Forschung aber auch nach einer besseren Armutsbekämpfung werden in schöner Regelmäßigkeit mit Verweis auf die leeren Staatskassen abgelehnt. Nationale und europäische Budgetregeln (zB: Stabilitätspakt, Fiskalpakt, Six Pack ...) haben ein enges Regelwerk für Staatsschulden geschaffen und unterscheiden auch nicht zwischen investiven und konsumtiven Staatsausgaben.

Auswirkungen des Bankenpakets auf den Schuldenstand



Quelle: Statistik Austria (2016), Maastricht Notifikation vom 30. März 2015; Berechnung AK Wien

Oft wird der Sozialstaat als Ursache für die hohen Staatschulden verantwortlich gemacht. Tatsächlich aber ist die Sozialquote (Anteil der Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung) seit Mitte der 1990er stabil zwischen 27 und 29 Prozent, und ist erst im Zuge der Finanzkrise und der seither anhaltenden Wirtschaftsschwäche auf rund 30 Prozent angestiegen.

Dieser Anstieg der Staatsschuldenquote ist in erster Linie auf die Rettung von Banken zurückzuführen. Ohne die staatliche Übernahme privater Bank-Schulden wäre der öffentliche Schuldenstand 2015 (Schuldenstand in Prozent der Wirtschaftsleistung) um elf Prozentpunkte geringer gewesen. Staatliche Investitionen können aber auch dort Sinn machen, wo sie schulden-finanziert werden: Zukunftsinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur (z.B.: Verkehr, Bildung, Forschung & Entwicklung, Gesundheit) verbessern die Lebens- und Wirtschaftsbasis und sorgen für zusätzliche Beschäftigung. Das schlägt sich wiederum positiv in Budget und Arbeitsmarkt nieder und sorgt für zusätzliche Steuereinnahmen.

Neben den hohen staatlichen Ausgaben für die Finanz- und Wirtschaftskrise gibt es zwei weitere Gründe für die öffentliche Armut: Die privaten Vermögen wachsen zwar stetig, sind aber ungleich verteilt und im Vergleich zu Konsum und Arbeit nur gering besteuert (siehe S. 26-27). Zudem schaffen Steueroasen (die besser Steuersümpfe genannt werden sollten) eine Parallelwelt, die für Teile der Bevölkerung und große Konzerne Wege schafft, sich der gemeinschaftlichen Verantwortung zu entziehen. Die Leidtragenden sind die steuerzahlenden Klein und Mittelverdiener/-innen, KMUs und Konsument/-innen, die den Steuerausfall kompensieren müssen oder überproportional von staatlichen Ausgabenkürzungen betroffen sind. Entscheidend ist: In Steueroasen wird keine Wertschöpfung durch die Produktion von Gütern geschaffen. Es werden jedoch Gewinne am Fiskus der Länder, wo sie eigentlich erwirtschaftet werden, vorbei geschleust. Obwohl die Firmen und Personen die gut ausgebaute Infrastruktur im Produktionsland nutzen, leisten sie dafür keinen gerechten Beitrag.

Rangliste Schattenfinanzindex							
Land		Land		Land		Land	
1	Schweiz	6	Luxemburg	11	Libanon	16	Jersey
2	Hongkong	7	Libanon	12	Deutschland	17	Guernsey
3	USA	8	Deutschland	13	Panama	18	Malaysia
4	Singapur	9	Bahrein	14	Marshallinseln	...	
5	Kaimaninseln	10	VAE	15	Großbritannien	24	Österreich

In Steueroasen gibt es keine oder niedrigste Steuern, Verschleierungsmöglichkeiten durch besondere Rechtskonstruktionen (zB: Stiftungen, Trusts, Bankgeheimnis) sowie einfache Möglichkeiten der (Briefkasten-)Firmengründung. Die Liste der intransparentesten Finanzplätze der Welt zeigt, dass nicht nur exotische Inseln Steueroasen sind, auch viele europäische Länder locken mit Steuererleichterungen. Auch Österreich ist unter den 25 intransparentesten Finanzplätzen zu finden.

Neben reichen Privatpersonen profitieren vor allem multinationale Konzerne, die ihre Geschäfte über Briefkastenfirmen in Steueroasen abwickeln. Dabei handelt es sich meist nicht um rechtswidrige Steuerumgehung, sondern um das Ausnutzen zahlreicher länderspezifischer Steuergesetze (und Schlupflöchern an deren Schnittstellen) zum eigenen Vorteil. So werden ausgewiesene Gewinne künstlich niedrig gehalten und deren Besteuerung im Herkunfts- und Absatzland umgangen. Manche Länder vereinbaren zudem Sondervereinbarungen mit Konzernen, die zu minimalsten Steuerleistungen führen. Mehr als die Hälfte des Welthandels fließen so – zumindest am Papier – über Steueroasen. Gegenüber Unternehmen ohne diese Gestaltungsmöglichkeiten haben diese Konzerne einen Wettbewerbsvorteil.

Insgesamt verlieren die Staaten Milliarden über Steuersümpfe und Gewinnverlagerungen. Ausgehend vom gesamten weltweiten Finanzvermögen schätzt der Ökonom Gabriel Zucman, dass sich 8 Prozent dieser Vermögen in Steueroasen befinden. Das sind 5.800 Milliarden Euro. Davon bleiben nach seinen Schätzungen 80 Prozent unbesteuert. Quelle: Zucman, G. (2014): Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird.



Daher fordern wir:

Zukunftsinvestitionen statt öffentlicher Armut, Steuersümpfe trockenlegen

- **Investitionsoffensive** zur Modernisierung der Infrastruktur und Ausbau der sozialen Dienste. Finanziert durch stärkere Besteuerung von Gewinn- und Besitz Einkommen (S.27) und Einführung einer goldenen Investitionsregel: Keine Einrechnung dieser Investitionen in die nationalen und europäischen Schuldenregeln.
- **Schließen von Steueroasen** durch Erstellen einer „Schwarzen Steueroasenliste“, Abschaffung von EU-Steueroasen, Abschaffung Bankgeheimnis, Meldepflicht für Kapitaltransfers und keine Gewinnminderung für Zahlungen in Steueroasen.
- **Kampf gegen Steuervermeidung und Gewinnverschiebung** durch Konzerne (länderweise Berichterstattung; gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage; weltweite Gesamtkonzernbesteuerung; Stärkung Finanzverwaltung).

Weiterführende Literatur

Für eine vertiefende Analyse empfehlen wir – Analysen, Kurzstudien, Broschüren:

Arbeiterkammer Salzburg (2015): Einkommen 2015. Analyse statistischer Daten aus der Sozialversicherung, Salzburg.

Arbeiterkammer Oberösterreich (2016): Ein Jahrzehnt des Kaufkraftverlusts. Linz.

Arbeiterkammer Wien (2016): Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert

Blog.arbeit-wirtschaft.at (2016): Die Verteilungsfrage. Von Reichtum, Krisen und Ablenkungsmanövern. Wien, Verlag des ÖGB GmbH

Eckerstorfer et al. (2013): Reichtumsverteilung in Österreich. In: WISO - Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, Volume 36, Number 4, 2013.

Fessler, Pirmin & Schürz, Martin (2015): Private Wealth Across European Countries: The Role of Income, Inheritance and the Welfare State. Working Paper Series No 1663. Frankfurt, ECB.

Leitner, Sebastian (2015): Drivers of Wealth Inequality in Euro Area Countries, Working Paper-Reihe der AK Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 137, Wien.

OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. Paris, OECD Publishing.

Österreichische Nationalbank (2016): Household Finance and Consumption Survey (HFCS), Daten 2010 und 2014.

Oxfam (2015): An Economy for the 1%. How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. Oxfam International.

Sozialministerium (2016): Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte in Österreich. Wien.

Steiner, Rold. & Hofbauer Reinhard (Hg) (2016): Salzburg 2025. Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Salzburg, FH Salzburg.

Tax Justice Network (2016): Financial Secrecy Index – 2015 Results.

Wai, Jonathan & Lincoln, David (2016): Investigating the right tail of wealth: Education, cognitive ability, giving, network power, gender, ethnicity, leadership, and other characteristics. In: Intelligence 54 (2016), S.1-32.

Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) (2016): Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte in Österreich. Wien.

Bücher:

Pickett, K. & Wilkinson, R. (2009). Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Frankfurt am Main, Hoffmanns & Tolkemitt.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. Beck, München.

Zucman, Gabriel (2014): Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin, Suhrkamp Verlag.

BEI SCHIEFLAGE AKTIVIEREN:

arbeiterkammer.at



Vom Arbeitsrecht bis zum Thema Wohnen, von Karenzfragen bis zu gerechten Preisen: Die AK ist für Sie da. Alles, was Arbeitnehmer brauchen, auf www.ak-salzburg.at



**DIE KRAFT
VON MEHR
ALS DREI
MILLIONEN**